blickpunkt
324 12/97
Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Die Katze ist aus dem Sack!

Es wird jeden Tag deutlicher, daß einflußreiche Wirtschaftskreise das Thema „weitere Startbahn" in den Mittelpunkt rücken. Dazu paßt die Haltung der CDU.
In Neu-Isenburg sagte Ingo-Lutz Straßburger, Fraktionsvorsitzender der Neu-Isenburger CDU: „Wir dürfen an dem Ast, auf dem wir sitzen, nicht herumsägen. Der Flughafen darf nicht in die Zweitklassigkeit abrutschen. Wenn eine neue Piste notwendig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, muß sie gebaut werden." Im Frankfurter Römer meinte CDU-Fraktionsvorsitzender Edwin Schwarz: „Damit der Flughafen im Wettbewerb mit seiner europäischen Konkurrenz Schritt halten kann, müssen alle Denkverbote abgeschafft und Erweiterungsschancen gegebenfalls auch außerhalb des jetzigen Zaunes gesichert werden." Die Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Frau Petra Roth, erklärte: „Es darf keine Tabus im Nachdenken geben, wie dieser Flughafen weiterentwikkelt werden kann."
Leider gibt es bereits auch Sozialdemokraten, die in den Chor der Erweiterungsbefürworter einstimmen. Armin Clauss, Chef der SPD-Landtagsfraktion, erklärte: „Man muß über den Zaun hinausdenken!"

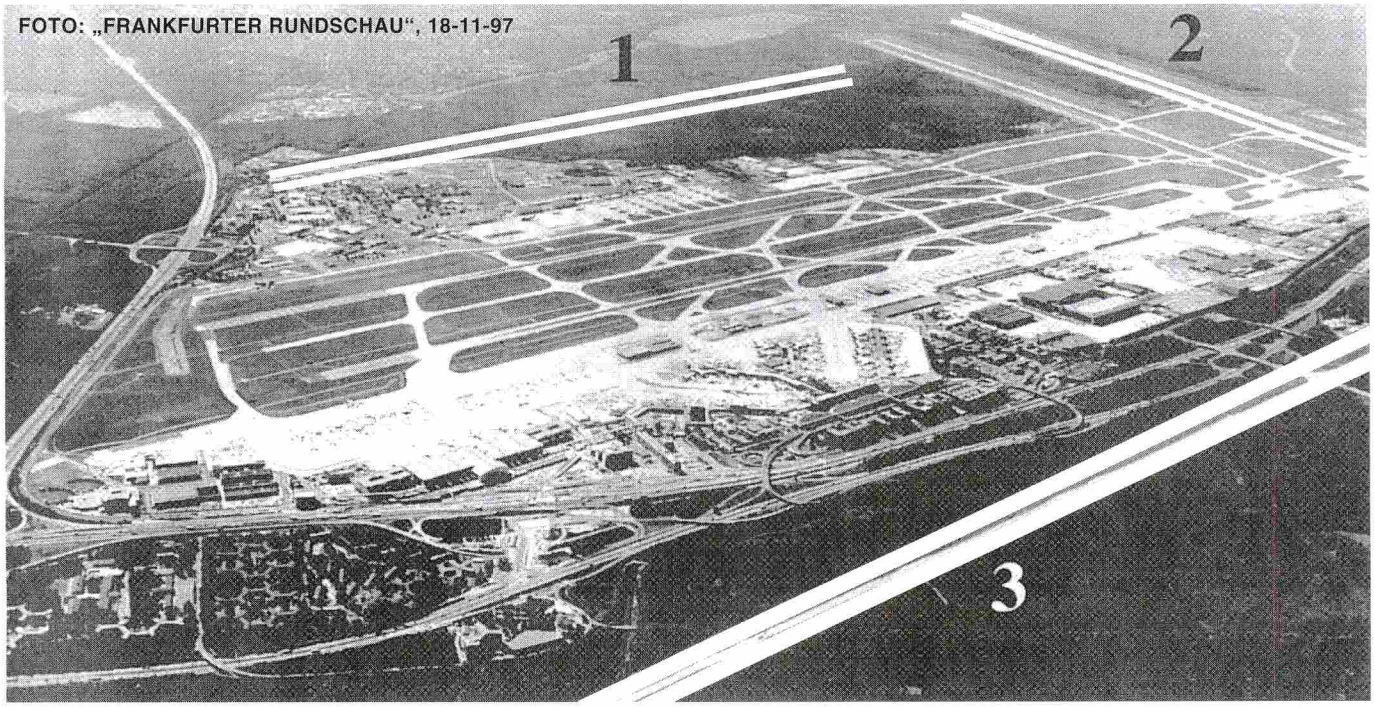
Wir sind der Meinung, die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf sollte den beginnenden Protest gegen die neuen Startbahn-Pläne von Anfang an unterstützen.
Die DKP/OL-Fraktion reagierte deshalb auf die neuerliche Bedrohung sofort und legte in der Stadtverordnetenversammung eine Resolution vor mit folgendem Wortlaut:
„Die Forderung des Lufthansa-Chefs Jürgen Weber und der Vereinigung BARIG nach einer weiteren Start- und Landebahn am Frankfurter Flughafen hat uns erschüttert und empört.
Die Bemerkung, die Flugzeuge seien heute leiser, zeugt von einer unerträglichen Arroganz.
Vor zwanzig Jahren gab es auf Rhein-Main 210.000 Flugbewegungen, heute sind es 380.000, und man steuert 460.000 an. Heute gibt es oft stündlich 74 Starts und Landungen, mittlerweile denkt man an 104 Flugbewegungen pro Stunde.
An den mittlerweile permanenten gesundheitsschädlichen Lärm, an Abgase und andere Gefährdungen wollen und werden wir uns nicht gewöhnen.
Es ist nicht zu akzeptieren, daß unter dem Stichwort „Arbeitsplätze" diese Gefahren ständig verniedlicht werden.
Es ist nicht zu akzeptieren, daß es schon fast als normal angesehen wird, daß sich die Flugbewegungen ständig erhöhen.
Es ist nicht zu akzeptieren, daß die Nachtflugbeschränkung immer mehr durchlöchert wird. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, daß nachts bis zu 92 Starts und Landungen erfolgen. Das ist gesundheitsschädlicher Lärmterror.
Und es ist außerordentlich beschämend, wenn jetzt erneut von einer weiteren Startbahn gesprochen wird. Immerhin, es hieß einmal: kein Baum wird mehr fallen. Mittlerweile wurden aber erneut viele Hektar abgeholzt.
Zwar heißt es jetzt noch, die Grenze des Flughafens ist der Zaun. Aber wir spüren, daß der Boden für einen weiteren Ausbau vorbereitet wird. Weiterer Ausbau bedeutet aber weitere Waldverluste, mehr Krach und andere Emissionen. Die Region würde langsam unbewohnbar.

Wir kennen die wirtschaftliche Bedeutung des Frankfurter Flughafens, wir halten die dortigen Arbeitsplätze für wichtig, wir sind keine Gegner des großen Airports.
Wir werden aber alles tun, damit es nicht erneut zu einer Erweiterung kommt.

Die große Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West begann in unserer Stadt mit überparteilichem und gewaltfreiem Widerstand.

Wir erinnern daran und wollen frühzeitig Pflöcke setzen: Bis hierher und nicht weiter!"

FOTO: „FRANKFURTER RUNDSCHAU", 18-11-97



Mittlerweile machen sich schon viele Leute Gedanken, wo denn wohl eine weitere Startbahn unterzubringen sei. Die CDU-Oberbürgermeisterin von Frankfurt meinte: „Nachgedacht wird vom Vorstand des Flughafens, im hessischen Landtag und natürlich auch in der Stadt Frankfurt." In der „Frankfurter Rundschau" (unser Bild) sieht man drei Möglichkeiten: 1. am Rande der Cargo-City-Süd, 2. parallel zur Startbahn-West, 3. nördlich der Autobahn Frankfurt-Köln. Andere denken über die Spreizung des Parallel-Bahn-Systems nach. Alle Varianten bringen aber eine erhebliche Steigerung des Flugverkehrs, mehr Lärm und Dreck, weitere Waldverluste. Höchste Zeit also, daß die Bewohnerinnen und Bewohner des Flughafen-Region überlegen, wie die Ausbaupläne verhindert werden können.

Der Protest muß stärker werden

Immer dann, wenn in unserem Land die Betroffenen, ob die Schüler und Studenten, oder andere Teile der Bevölkerung, wegen ihrer Situation bzw. gegen weitere Belastungen, gegen Kürzungen und Streichungen im sozialen Bereich ihre Stimme erheben, bekommen sie zur Antwort: "Es ist kein Geld da". Dieser Satz kommt denen in Bonn, wie auch den Landesregierungen, den Landräten, Bürgermeistern und Stadtkämmerern spielend leicht über die Lippen, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit.

Sicher müssen in den Ländern, Kreisen und Gemeinden, die wegen der Politik in Bonn immer geringer werdenden Mittel, sparsam ausgegeben werden. Wer jedoch einen Wechsel in Bonn im nächsten Jahr will und es dann besser machen möchte, der sollte doch mehr Protest, Druck und Bewegung in Richtung Bonn entfalten. Wenn ein Bürgermeister seinem Kita-Personal, oder ein Ministerpräsident den Studenten sagt, es ist kein Geld da, dann muß er sich fragen lassen :"Was hast du dagegen unternommen". Wann sind die Bürgermeister, die Kämmerer, die Landräte, oder die Landesminister in diesem Land schon einmal gemeinsam aufgestanden zum Protest? Sie hätten die Sympathie großer Bevölkerungskreise. Lieber sind sie bereit, die Armut zu verwalten.

Wer unten eine bessere Finanzausstattung für Bildung und Soziales haben will, muß oben eine andere Politik wollen. Andere Politik heißt, es muß Schluß sein mit der Umverteilung von unten nach oben.

Das Kuschen vor den Unternehmerverbänden, die eine andere Republik wollen, muß aufhören.

Astronomische Gewinne der Konzerne und Großbanken, die nicht im eigenen Land investiert werden, um Arbeitsplätze zu schaffen, müssen höher und nicht niedriger besteuert werden.

Großverdiener, die ihre Millionen im Inland gescheffelt haben, dürfen keine Möglichkeit haben, diese im Ausland vor Besteuerung zu schützen.

Eine andere Politik heißt aber auch, daß so manche in die Milliarden gehende Investition der Bonner Regierung unterbleiben bzw. rückgängig gemacht werden müßte. Dazu zählen Maßnahmen, die bereits schon mehrmals in dieser Zeitung genannt wurden, wie die größte Investition der Bundeswehr seit ihres Bestehens, den Eurofighter, oder das zweifelhafte Projekt "Transrapid". Auch der kostenträchtige Umzug von Bonn nach Berlin, der kaum Arbeitsplätze bringt, hätte verschoben werden können.

Auch so manche, in die Millionen gehende, Privilegien der oberen Politikerkaste in Bonn müßten gestrichen werden.

HH

Termin vormerken!

Auf Einladung der „Linken Runde", dem Diskussionsforum der DKP Mörfelden-Walldorf, spricht

Gregor Gysi

Am 11. Februar 1998 im Bürgerhaus Mörfelden.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind zu dieser sicher interessanten Veranstaltung herzlich eingeladen.

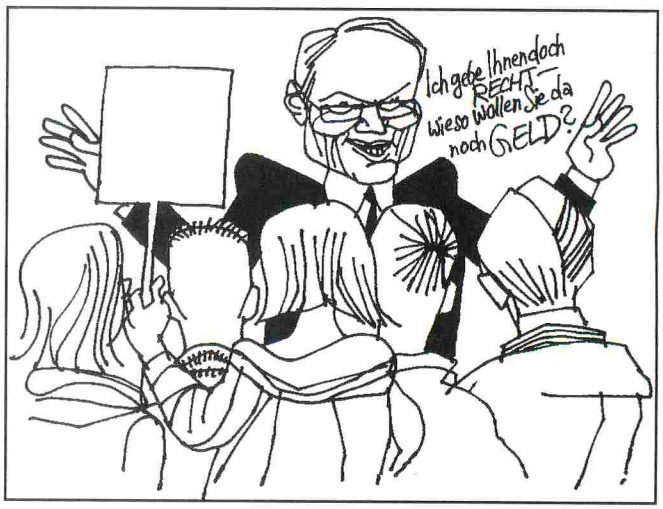
In der Rüstung sind sie fix für die Bildung tun sie nix

Studenten, Schüler, Lehrlinge wehren sich gegen Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich. Im ganzen Land Streiks und Demonstrationen. Auch in Groß-Gerau, Rüsselsheim und in unserer Stadt protestierten Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Eltern.
Fast alle Politiker erklärten scheinheilig ihre Sympathie mit den Protestierenden. Bundeskanzler Kohl sprach den Studenten sein „Vertrauen" vor allem deshalb aus, weil diese Generation im Unterschied zur 68er Bewegung nicht die „Verfassung ändern" wolle. (Beiläufig: August Bebel, der Gründer der Sozialdemokratie, meinte einmal: „Wenn dich deine Feinde loben, hast du etwas falsch gemacht. Tadeln sie dich, dann bist du auf dem richtigen Wege.")

Fast überall wurde bei den Kundgebungen auf den Zusammenhang von 30-Eurofighter-Milliarden und dem Sozialabbau hingewiesen. Das zeigt zumindest, daß die Protestierenden den Finger auf den richtigen Posten gelegt haben.

Die SchülerInnen der Groß-Gerauer Prälat-Diehl-Schule (PDS) veröffentlichten während ihres Streiks eine Resolution, in der es u.a. heißt:

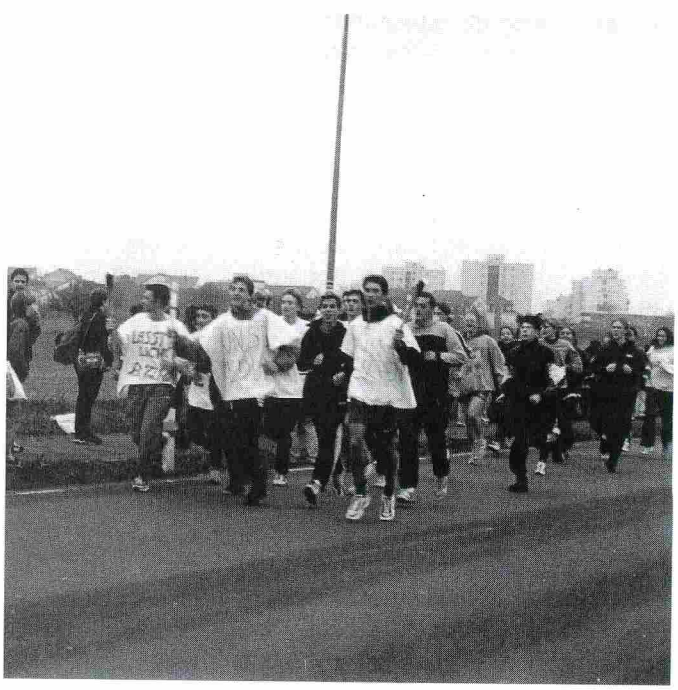
„Das Ausmaß der Sparmaßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich ist zur genüge bekannt. Ihre Auswirkungen werden von uns Schülerinnen und Schülern tagtäglich aufs Neue erfahren. Diese Woche ist an der PDS die 1000. Stunde ausgefallen. Größere Klassen und Kürzungen bei Förderungen von schwächeren Schülerinnen und Schülern (z.B. Wegfall der Lese- und Rechtschreibhilfe) stellen einen Angriff auf die Chancengleichheit dar und können zu sozialer Ausgrenzung führen. Wie für Umwelt und Soziales gilt auch im Bildungsbereich: Wer hier kürzt, kürzt an den Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft und Zukunft."



Bei den Forderungen heißt es u.a.:

Ausstattung, Fächerangebot und Anzahl der Lehrkräfte richtet sich nach der Anzahl der Lernenden und den Herausforderungen der Zeit. Die Klassengröße muß eine individuelle Betreuung ermöglichen.

Vorgeschriebenes Lernziel und Unterricht pro Fach müssen in einem Verhältnis zueinander stehen, welches es auch den schwachen Schülerinnen und Schülern ermöglicht, ohne kostspielige Nachhilfe befriedigende Noten zu erlangen.
Um die den Lehrern auferlegten Arbeitszeitverlängerungen, sowie die ersatzlos gestrichenen Unterrichtsstunden auszugleichen, fordern wir die sofortige Einstellung von 10 neuen Lehrern in der PDS. Des weiteren ist die Aufstockung des Lehrmitteletats von bisher 72.000 DM, um 15.000 DM auf 87.000 DM jährlich erforderlich. Ausreichende Finanzierung ist Aufgabe des Staates. Wir lehnen „Sponsoring" durch die Wirtschaft und damit einhergehende Werbe- und Mitspracheansprüche ab. Wir lehnen das Heranzüchten von Fachidioten nach den Anforderungen des Marktes ab."



An der Bertha-von-Suttner-Schule begannen die Proteste um 8 Uhr in der Frühe. Zwischen Mörfelden und Walldorf gab es eine endlose Menschenkette. Eine Läufergruppe der Prälat-Diehl-Schule aus Groß-Gerau brachte die Fackel des Streiks.

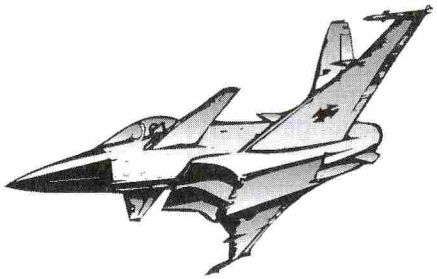
„Notopfer“

Die Krankenversicherung ist krank, leidet an Auszehrung. „Notopfer“ sollen helfen. So wollen es uns die Regierenden in Bonn weismachen. 15 Jahre Kohlregierung haben die Sozialsysteme ruiniert. Sie wissen nicht mehr weiter und wollen nun alle (fast alle) Bürger zur Kasse bitten. Um die Bausubstanz der Krankenhäuser zu erhalten, werden nun 20 DM „Notopfer“ gefordert.
Das Szenario kann so ablaufen: Nach dem ersten Bescheid wird nach geraumer Zeit eine Mahnung kommen. Im Jahre 1998 werden dann 40 DM fällig, und wiederum eine Mahnung. Erst 1999 beim Bescheid werden dann 60 DM aufgelaufen sein. Dann wird es nicht mehr bei der Mahnung bleiben, dann wird notfalls der Gerichtsvollzieher erscheinen. Zahlen muß man letztendlich, denn Gesetz ist Gesetz. Dennoch, jeder, der dagegen prostestieren will, sollte nicht gleich zahlen.

Übergangsgelder wie Lottogewinne

Die Mehrheit von CDU/CSU und FDP haben Anfang November im Bundestag dafür gesorgt, daß Minister und parlamentarische Staatssekretäre ihre Privilegien behalten (Frankfurter Rundschau vom 18.11.97).

Mehr als 230.000 Mark Übergangsgeld können einem Bundesminister zustehen, der seinen Posten aufgibt – auch wenn er gut bezahlter Abgeordneter bleibt. Dabei beträgt das Ministergehalt monatlich 22.750 Mark und die künftigen Diäten mindestens 11.825 Mark. 66.750 Mark sind schon fällig, wenn ein Minister nur einen Tag im Amt gewesen wäre. Bei einjähriger Ministerzeit erhöht sich die Summe auf 100.000 und nach drei Jahren schon auf 230.250 Mark. Dieser Betrag steht zum Beispiel dem ausgeschiedenen Postminister Bötsch (CSU) neben seinen sonstigen Einnahmen zu. Auch parlamentarische Staatssekretäre profitieren nach wie vor von diesem Ministergesetz. HH



Es ist nicht zu fassen

Geld hin, Schulden her, Bonn hat die Anschaffung des Eurofighters beschlossen. CDU, CSU, F.D.P. (Ausnahme B. Hirsch) stimmten dafür. Bei der SPD haben auch nicht alle gegen den teuren Todesvogel gestimmt. Außerdem drückten sich 15 SPD-Abgeordnete vor der Abstimmung. Bei den Grünen fehlten sechs Abgeordnete. Die PDS stimmte geschlossen gegen das Rüstungsprojekt.

Geplant ist derzeit der Kauf von 180 Eurofightern mit einem geschätzten Stückpreis von 150-170 Millionen DM. Die Gesamtausgaben für das Rüstungsprojekt betragen 30-40 Milliarden DM (lt. Angaben des Bundesrechnungshofes); es können genauso gut auch 40-50 Milliarden DM sein, mit den üblichen Preissteigerungen und Folgekosten. Die Entwicklungskosten sind nicht mit eingerechnet und betragen schon jetzt 9 Milliarden DM.
Auf strategische, ökonomische, technologische und friedenspolitische Gründe, die gegen den Eurofighter sprechen, sei an dieser Stelle nicht eingegangen. Ein Fachgutachten spricht angesichts des Endes des Kalten Krieges von einem überaus teuren industriepolitischen Programm von zweifelhaftem Nutzen. Klar ist, man braucht den Eurofighter, um international wieder mitmischen zu können.
Bei dem Eurofighter handelt es sich übrigens nur um eines von vielen milliardenschweren Rüstungsprogrammen der BRD. Gleichzeitig ist z.B. für Friedensforschung, Konfliktprävention und zivilen Friedensdienst kein Geld da!
Ein Argument der Befürworter: es stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel u.a. eine Folge der nicht ausreichenden Bereitschaft zur Rüstungskonversion in den letzten Jahren. Allerdings im Sozial- und Umweltbereich, im Gesundheitswesen und im Bereich ziviler Zukunftstechnologien lassen sich mit den genannten Mitteln das 2-3fache an dringend benötigten Arbeitsplätzen schaffen. Außerdem könnten mit den Mitteln, die in teure Aufrüstungsprogramme fließen, die Renten gesichert werden.

Wieviel Geld sind diese 30 Eurofighter-Milliarden?

Soviel wie 90 Jahre jeden Tag 6 Richtige im Lotto.

In 1.000-DM-Scheinen übereinander gelegt, wird eine Höhe über 3000 m erreicht.

Das 7-8 fache des gesamten jährlichen Spendenaufkommens für humanitär-karitative Zwecke in Deutschland.

Das 10fache des Jahresetats des Staates für Gesundheitsforschung.

Das 7-8fache des Jahresetats des Bundes für Hochschulen, Wissenschaft und Ausbildungsförderung.

Das 25-30 fache der gesamten bisherigen Ausgaben des Bundes für die Solartechnologie.

***Ein* Eurofighter kostet also 170 Millionen DM.**

Damit könnte man z.B.:

- die gesamte Friedensforschung in der BRD für 20 Jahre finanzieren;
- die Schaffung von zusätzlich 100.000 Ausbildungsplätzen finanzieren;
- 100-150 Kindergärten bauen (über 200.000 Kindergartenplätze fehlen derzeit in der BRD).

Wochenzeitung der DKP

uz

Probeexemplare bei der „blickpunkt”-Redaktion

Wer hat recht?

Der Leserbrief des Herrn Kuhn im letzten „blickpunkt" hat ein lebhaftes Echo gefunden. Aus Platzgründen können wir nur gekürzt darauf eingehen und zum Schluß unsere Meinung dazu sagen:

Erster Stadtrat H.-J. Vorndran schreibt, daß die Gebühren ausschließlich vom Stadtparlament beschlossen werden, wobei der Magistrat Vorschläge unterbreitet, die aus seinem Dezernat stammen. Insoweit trägt er - Vorndran - für die Vorbereitung Verantwortung. Im Gegensatz zu Herrn Kuhn bestreitet er, daß die Müllgebühren von 1992 bis 1997 auf Grund seines Gebührenbescheides um 319% erhöht wurden. Er rechnet dann vor, daß seine Müllgebühr in 5 Jahren lediglich um 94,29% anstiegen, und daß dies im wesentlichen auf die Verteuerung durch die Riedwerke geschehen sei. „Durch die Gefäßumstellung selbst gab es keine Gebührenerhöhung."

Diesen Brief erhielt auch Herr Kuhn, der sich mit Herrn Vorndran telefonisch auseinandersetzte. Dem „blickpunkt" schrieb er: „Meine Behauptung über 319% Teuerungsrate der Gebühren (alle Gebühren auf dem Bescheid) beruht auf folgender Berechnung: Im 4. Quartal 1992 zahlte ich 123,24 DM Gebühren, im gleichen Quartal 1997 zahlte ich 393,87 DM. Bei richtiger Anwendung der Prozentrechnung ergibt das 319,59%."

Herr W. Knöß schrieb uns zu diesem Thema: „Den (1.) Brief des Herrn Kuhn kann man so nicht unwidersprochen stehen lassen." Herr Knöß stellt dann seine Gegenrechnung aus seinen Bescheiden auf: Wassergeld 57%, Kanal 72% und Regenwasser 33% jeweilige Steigerung. Insgesamt für ihn 63% Erhöhung. Seine Müllgebühr reduzierte sich um 50%. „Alles zusammengerechnet steigerten sich meine städt. Gebühren und Abgaben in den letzten 5 Jahren um genau 15% (ohne Kommafehler). Ich meine, das wäre erträglich."

R. Dötsch von der „blickpunkt"-Redaktion stellt fest: „Jeder hat andere Zahlen und Ergebnisse. Herr Kuhn hat seine Berechnung etwas vereinfacht, indem er seine Quartalsabschlagszahlungen von 1992 mit denen von 1997 vergleicht. Die Wasserverbrauchsmenge ist hier sicher nicht gewürdigt. Herr Vorndran hat in seiner Zuschrift soweit Unrecht, als er nur die Müllgebühren heranzieht. Wohl ein Mißverständnis. Herr Knöß macht ebenso einen Fehler, indem er seine individuelle Gebührenrechnung zugrunde legt und damit auf läppische 15% kommt, obwohl er doch in seiner Berechnung Erhöhungen von 33 bis 72% attestiert.
Meine individuelle Verbrauchsrechnung besagt, daß von 1992 bis einschl. 1996 eine Steigerung von 21,1% zu Buche schlägt. Lege ich aber den spezifischen Wasserpreis zugrunde, komme ich auf 37,1%. Berücksichtigt ist in dieser Rechnung nicht die Neuregelung der Müllabfuhrgebühren auf neue Tonnengröße. Tue ich dies, so komme ich auf 28% Steigerung."

Eine interessante Diskussion, die sicher fortgesetzt werden kann.
Man muß sich jedoch nicht unbedingt die Kommafehler gegenseitig anrechnen.
Wichtig: jeder Bürger bezahlt eigentlich genug Steuern, jeder weiß schließlich, was von seinem Gehalts- oder Lohnzettel abgezogen wird.
Dazu kommen dann noch diverse ander Abzockereien, so jetzt z.B. die Krankenhaussanierungsabgabe.
Außerdem: über Arzeimittelpreiserhöhung, Mehrwertsteuer und andere ständige Erhöhungen greift man uns ständig in die Tasche. Aber da ist bei der Mehrzahl der Bevölkerung nichts mehr drin.

Selbstherrlich

Eigentlich ist es nicht zu fassen. Bürgermeister Brehl läßt über Nacht die Schilder „Atomwaffenfreie Zone" selbstherrlich abhängen. Dann wird er in der Stadtverordnetenversammlung von den Fraktionen der SPD, der Grünen und der DKP aufgefordert, dies wieder rückgängig zu machen (nur die CDU blieb an seiner Seite). Aber Brehl rührt sich nicht. Die Schilder liegen weiter im Bauhof.
Mittlerweile haben wir Bilder und Briefe von anderen Städten erhalten (Foto: Gießen), wo diese Schilder ganz selbstverständlich weiter existieren.
Natürlich haben wir und die Mehrzahl der Bevölkerung heute andere Sorgen, aber ein Mehrheitsbeschluß ist ein Mehrheitsbeschluß.

Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir frohe Festtage und ein gesundes und friedliches neues Jahr!

DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

Ein Stadtteil wird abgehängt

Bewohner aus dem Walldorfer Stadtteil östlich der Bahn zwischen Zwillingstr. und Jourdanallee haben uns ihre Sorgen mitgeteilt. Seit Jahren klagen sie über das Fehlen von Einkaufsmöglichkeiten und den schlechten Zugang zum westlichen Ortsteil. Die Trennung durch die Bahnlinie, die nur zwei Querungsmöglichkeiten bietet (am Bahnhof und Hermann-Löns-/Schmittburgstr.), verschärft die Situation. Sicher gibt es ähnlich unterversorgte Stadtteile wie An den Eichen, den Osten Mörfeldens um den Wasserturm oder Mörfeldens Süden. In Sachen Kinderspielplatz tut sich ebenso seit Jahren nichts.
Grund zur Sorge bietet auch das neue Baugebiet Plassage/Lange Äcker. Der Bebauungsplan sieht vor, daß etwa ab Bahnhof eine 1,2 km lange und ca. 6 m hohe Lärmschutzwand entlang der Bahnlinie gebaut wird. Die Befürchtung der Bürger, daß diese Wand den Bahnlärm durch Echowirkung verstärkt, ist nicht unbegründet.
Die Bahn entsagt sich auch trotz aller Ausbaumaßnahmen zum schnelleren und dichteren Zugverkehr jedweder Lärmschutzmaßnahmen. Eine klare Aussage seitens der Stadt zur künftigen Auswirkung der Lärmschutzwand ist vonnöten. Es ist nicht hinzunehmen, daß ein schon benachteiligter Stadtteil weiter belastet wird. Eine weitere Verbindung über die Bahn sollten die Kommunalpolitiker anvisieren.

Langsam dreht er durch, der Herr Götz

Die jüngste Pressemitteilung, die Herr Götz in Sachen Parkdeck für die Gewerbegemeinschaft abgab, sollte nicht unwidersprochen bleiben.

Götz nennt die Grünen "parkplatzsuchende Gutmenschen" und beschimpft die DKP als "ewiggestrige Kommunisten". Den Sozialdemokraten unterstellt er, ihnen läge die Mörfelder Altstadt nicht am Herzen und der Bürgermeister sei unsachlich und polemisch. Wahrscheinlich mag er nur die CDU.
Das alles nur, weil nach langen Diskussionen ein in freien Wahlen gewähltes Parlament die Parkdeck-Idee nicht gut fand.

Vor kurzem wurden aus der gleichen GGM-Ecke die Mitglieder der DKP "politische Zwerge und Rechtsverdreher" beschimpft. Wo soll das hinführen?

Sollen jetzt die beschimpften Parteien ihre Wählerinnen und Wähler auffordern, das Geschäft des Herrn Götz zu meiden? Wir werden das nicht tun.

Möglicherweise wäre das die Sprache die Herr Götz in seiner Selbstüberschätzung versteht?

Man soll ja den Vereinen und Gruppen nicht in ihre Sachen hineinreden - trotzdem - wir glauben, der Mann schadet jetzt wirklich langsam der Gewerbegemeinschaft.

Umwelt

Autoindustrie gibt Klima-Zusage auf

FRANKFURT A. M., 1. Dezember (dpa). Die deutsche Autoindustrie kann ihre Zusage an Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), bis 2005 den klimaschädlichen Kohlendioxid-Ausstoß im Straßenverkehr um 25 Prozent zu senken, nach eigenen Angaben nicht einhalten. Allein die vielen Verkehrsstaus erhöhten den Spritverbrauch jährlich um 14 Milliarden Liter, erklärte das Präsidium des Verbandes der Automobilindustrie am Montag in Frankfurt. Am gleichen Tag begann in Kyoto der UN-Klimagipfel.

FR 2-12-97

Das Wetter von morgen . . .

Alternativenergien sind eine Alternative

Ein Ausbau- und Sanierungskonzept für das Walldorfer Rathaus brachte der Magistrat auf den Weg, das jetzt der Stadtverordnetenversammlung vorlag. Darin enthalten ist eine Prüfung, ob eine Solaranlage (für Heißwassererzeugung) oder/und eine Photovoltaikanlage (zur Stromerzeugung) eingebaut werden können. Letztere kann sowohl auf dem künftigen Steildach als auch als Fassadenverkleidung installiert werden. Der Bürgermeister sprach sich dafür aus, daß evtl. eine Solaranlage (Thermik) sinnvoll sei. Obwohl man bedenken muß, daß im Rathaus nicht sonderlich viel Warmwasser verbraucht wird. Eine Photovoltaikanlage schloß er aus wirtschaftlichen Gründen vollkommen aus. Es sei denn, der Gesetzgeber würde die Einspeisevergütung aus Klein- und Privatanlagen an die Gestehungskosten anpassen.

Die aktuelle Tendenz läuft entgegengesetzt: Durch Liberalisierung des Marktes wird es für Privat- und alternative Energieerzeuger immer schwieriger, wirtschaftlich zu sein.

Damit hat Brehl recht, doch wir dürfen ihn daran erinnern, daß er sich vor wenigen Jahren vehement dafür einsetzte, daß der neue Vertrag mit der HEAG abgeschlossen wurde. Frei nach dem Motto: Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach, war ihm und der SPD nebst damaligem Koalitionspartner Grüne die 2-Mill.-Jahreskonzession des südhessischen Stromlieferanten lieber als die Alternative: Kooperation/Anschluß an Nachbarstadtwerke oder eigene Stromversorgung. Wir gestehen gerne zu, daß dies ein komplizierter und steiniger Weg gewesen wäre. Aber die Möglichkeit wurde ohne Prüfung ausgeschlagen.

Nun ist man in zähen und langwierigen Verhandlungen mit der HEAG ob nicht doch eine höhere Einspeisevergütung für genannte Kleinerzeuger gezahlt werden kann, damit die Alternativenergien ihren Siegeszug antreten und die Umwelt schonen. D. R.

Gedanken zur Vorweihnachtszeit

Not gemeinsam lindern, Leberecht, Ein Herz für Kinder, etc., die Aktionen zur Linderung sozialer Not häufen sich - gerade zur Vorweihnachtszeit. Da hängen sich Zeitungen und Fernsehanstalten ein soziales Mäntelchen um und lassen sich ihre „gute Tat" von den Lesern und Zuschauern bezahlen. (Zur gleichen Zeit sind die Verlage bestrebt, die Gehälter ihrer Redakteure zu schmälern - aber das nur nebenbei.) Und die Spender der Almosen haben ein gutes Gewissen nach dem Motto: Ach, was sind wir doch gute Menschen!

Auch andere Organisationen wie Rotes Kreuz und Kirchen etc. wollen nicht abseits stehen, machen Imageverbesserung, indem sie Hilfe organisieren. Sicher gut gemeint, oft auch hilfreich im Konkreten. Doch ist es mehr, als der oft zitierte „Tropfen auf den heißen Stein"? Und erkaufen wir Spender uns nicht ein gutes Gewissen nach der Schuld, die wir uns das ganze Jahr über aufgeladen haben? Wir verhalten uns tagtäglich so, daß die Not erhalten bleibt. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung begünstigt die reichen Länder, beutet die anderen aus. Soziale Unruhen werden mit Hilfe unserer Kriegstechnik eliminiert. Diktaturen werden mit unserer Hilfe stabilisiert . . . Wo nur der Profit die Welt regiert, bleibt die Humanität auf der Strekke. Und alle Hilfe - die notwendig und gut ist - schafft keine bessere Welt, aber ein gutes Gewissen.

Die sog. Entwicklungsländer entwickeln sich nicht - jedenfalls nicht vorwärts. Es ist wie mit dem Schaukelbrett: Diese sind unten weil die anderen oben sind und wären sie oben, wären wir unten.

R. D.

Wir freuen uns über Leserbriefe.

Schreiben Sie einfach mal!

Bilder einer Ausstellung

Vom 18.-20. November konnte man im Mörfelder Gewölbekeller die Bilder des kubanischen Fotografen Alberto Korda bewundern. Die Ausstellung mit dem Namen „Che in Kuba" schloß u.a. das berühmteste und meistreproduzierte Foto der Geschichte ein, das Porträt des kubanisch-argentinischen Revolutionärs, der bis zu seiner Ermordung durch den US-amerikanischen Geheimdienst im Jahre 1967 konsequent für eine gerechtere Welt, gegen Ausbeutung, Armut und Unterdrückung gekämpft hat: Ernesto „Che" Guevara.

Nachdem ich mehrere Jahre in Lateinamerika verbracht und Armut und Hunger sozusagen aus nächster Nähe kennengelernt habe, kann ich sehr gut verstehen, warum die Ideen Che Guevaras in den Ländern des Südens bis heute nichts von ihrer symbolischen Kraft eingebüßt haben. Deshalb freute es mich natürlich besonders, daß die DKP beschlossen hatte, mit dieser Ausstellung auch ein Zeichen zu setzen für die internationale Solidarität.

Kurz zuvor hatte ich während meiner achten Reise nach Kuba am feierlichen Begräbnis Ernesto „Che" Guevaras teilgenommen, ein Ereignis, das ich wohl so schnell nicht vergessen werde. Millionen von Menschen hatten sich versammelt, um Che die letzte Ehre zu erweisen, dem Che, der bis heute für das kubanische Volk der Inbegriff des Widerstandes gegen die zerstörerischen Mächte des Nordens ist, die mit ihrer brutalen Blockadepolitik versuchen, die Menschen „auszuhungern". Begleitet wird dies von den Medienkampagnen in aller Welt, die bewußt ein falsches Bild der kubanischen Realität zeigen, um damit ihre Forderungen zur Einführung der freien Marktwirtschaft in Kuba zu rechtfertigen. Was diese sogenannte „Öffnung der Märkte" den Ländern des Südens bisher eingebracht hat, ist kein Geheimnis.

Die Tatsache, daß der Lebensstandard in Kuba trotz aller Einschränkungen durch die wirtschaftlichen Probleme, innerhalb Lateinamerikas noch immer an der Spitze aller Statistiken steht, sagt eigentlich alles. Nirgendwo sonst auf dem Kontinent gibt es ein so vorbildliches kostenloses Bildungs- und Gesundheitswesen, was ja auch von internationalen Organisationen anerkannt wird, um nur eines von vielen Beispielen zu nennen. Wichtig ist vor allem eines: was auch immer die Medienpolitik uns zu verkaufen versucht, das kubanische Volk verteidigt, auch unter schwierigsten Bedingungen, seine Revolution, denn man erinnert sich nur zu gut noch an die Zeiten des „Kapitalismus", der neben extremer Armut auch zehntausende von Todesopfern, politische Morde und tägliche grausame Folter zu verzeichnen hatte. Und all das namens und zur Verteidigung der Demokratie, sprich des US-amerikanischen Großkapitals, das etwa 90 % der kubanischen Unternehmen „besaß". Wo waren damals all die Menschenrechtsorganisationen? Sie traten erst dann auf den Plan, als die Kubaner im Jahre 1959 die Diktatur stürzten, mit Elend und Analphabetentum aufräumten und begannen, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen.

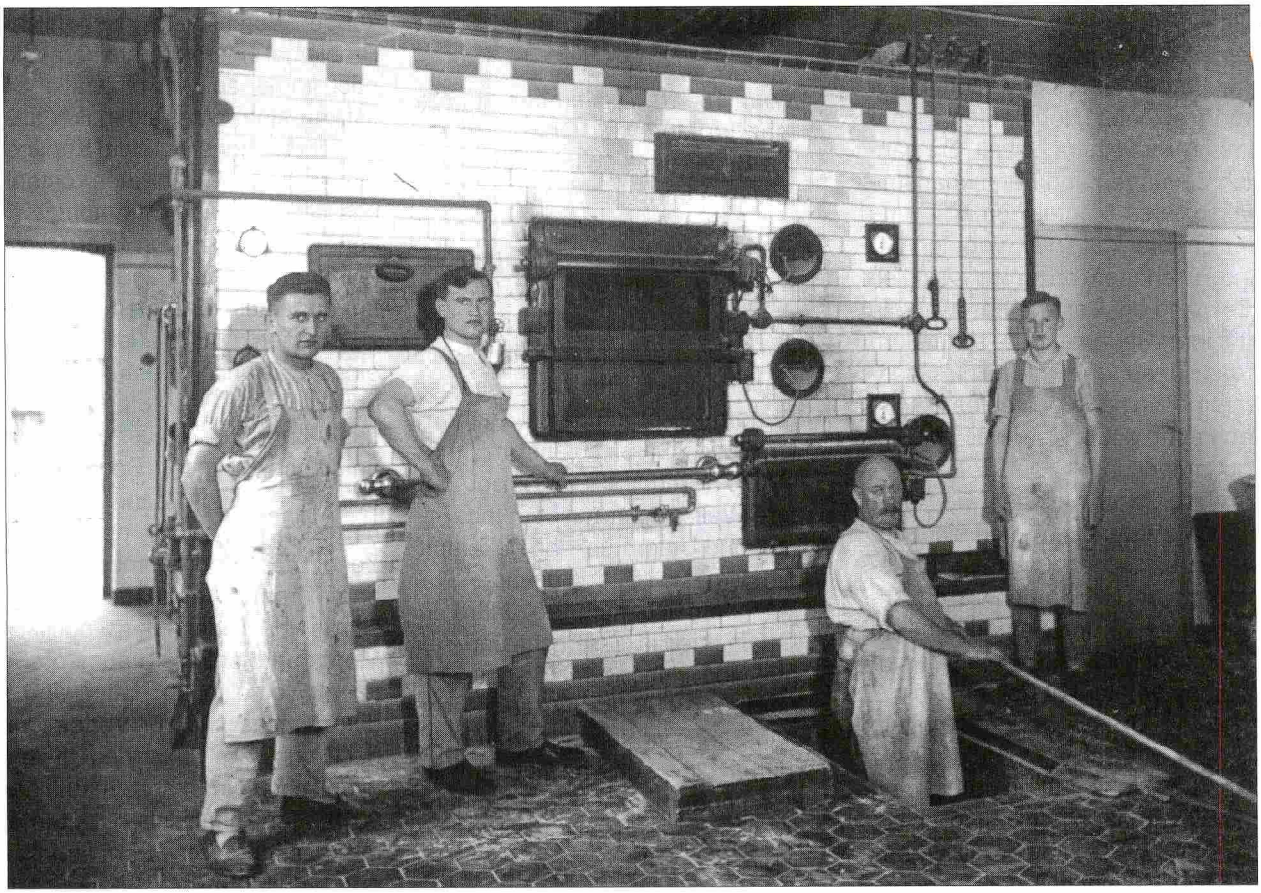
Das größte Ziel Ernesto „Che" Guevaras war es, den „neuen Menschen" heranzubilden. Solidarisch, ehrlich, aufrichtig, frei von Egoismus, innerhalb einer Gesellschaft, die soziale Gerechtigkeit bietet und die Menschenrechte in ihrem gesamten Spektrum verteidigt: politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle. Ein Gedanke, der den Verteidigern der „freien Marktwirtschaft" völlig zuwider läuft, denn auch die Zustände in unserem Land zeigen ja, daß die Devise lautet: Stark gegen schwach, reich gegen arm, oben gegen unten und rechts gegen links. Che Guevara bleibt aktuell!

Barbara Muñoz

Vorstandsmitglied des Netzwerk Cuba e.V.

(Wer mehr über die Arbeit des Netzwerk Cuba erfahren will, den informiere ich gerne: 06105-923870)

Stadtgeschichten



Das Bild, etwa 1930 aufgenommen, zeigt den Bäcker Ludwig Wilhelm Völker II aus der Langener Straße in Mörfelden, auch als „Bäcker Lui" bekannt, in der Grube vor seinem Backofen stehend, mit seinen Söhnen (von links) Heinrich, Karl und Wilhelm. Er hatte fünf Söhne die alle den Bäckerberuf ergriffen, auch die beiden nicht auf dem Foto zu sehenden Ludwig und Herbert. Der letzte der vier Bäckergenerationen, der Enkel Karl, war zuletzt als Bäcker in Amerika tätig.

Herbert Völker erinnert sich: „Der Backofen war für die damalige Zeit ein moderner, mit Brikett beheizter Dampfbackofen mit drei Herden, in dem stündlich bis 120 Brote gebacken werden konnten. In dieser Zeit gab es in Mörfelden auch noch die alten mit Holzwellen befeuerten Backöfen. Die Grube vor dem Ofen, in der der Bäckermeister auf dem Foto gerade steht, war notwendig um den unteren Herd zu beschicken. Mörfelden hatte damals 5 000 Einwohner und 10 Bäckereien. Jeder Bäcker mußte, um über die Runden zu kommen, noch nebenher Landwirtschaft betreiben. Der Backlohn betrug für ein Drei-Pfundbrot 15 Pfennige, für einen großen Streuselkuchen 30 Pfennige und für einen Zwetschenkuchen 50 Pfennige. Der höhere Preis war sicher gerechtfertigt wegen der Verschmutzung des Backofens durch die Zwetschen. Hochbetrieb war an Kerb mit über tausend Kuchen auf Lohn, d.h. die Kuchen wurden zu Hause vorbereitet und nur zum Backen in die Bäckerei gebracht."

In den letzten Wochen erhielten
wir wieder viele Spenden für den „blickpunkt".

Herzlichen Dank!

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553

Unser Lexikon

Niggeloos
Nikolaus

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.